

Berlin, 29. Mai 2026

## GEMEINSAME PRESSEINFORMATION

Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin

Zahnärztekammer Berlin

### **Anliegen der Berliner Zahnärzteschaft zum GKV-Spargesetz: Erfolgreiches Treffen von KZV und ZÄK Berlin mit Senatorin Czyborra**

Drastische Auswirkungen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes (GKV-BStabG), viel zu hohe Bürokratielasten für Zahnarztpraxen und damit zusammenhängende drohende Praxis-schließungen: Beim Treffen am 28. Mai 2026 von **Dr. Bianca Göpner-Fleige, Präsidentin der Zahnärztekammer (ZÄK) Berlin**, und **Dr. Jana Lo Scalzo, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) Berlin**, mit **Dr. Ina Czyborra, Senatorin für Wissen-schaft, Gesundheit und Pflege des Landes Berlin**, wurden in einem sehr konstruktiven Gespräch die aktuellen Anliegen und Herausforderungen der Berliner Zahnärzteschaft besprochen.

Im Mittelpunkt stand das geplante GKV-BStabG, das seit 29. April 2026 als Kabinettsentwurf vorliegt, und seine fatalen Folgen für die Patientenversorgung sowie für die Existenz vieler Ber- liner Zahnarztpraxen. „Wir wissen die Senatsverwaltung an unserer Seite und stehen gemein- sam für dringend notwendige Änderungen des Gesetzentwurfes“, so Göpner-Fleige. Insbeson- dere bei der dringend notwendigen Änderung des im Entwurf festgehaltenen Vorbehalts für Fachzahnärzte Kieferorthopädie war man sich einig, da sonst zukünftig nur noch Fachzahnärz- tinnen und Fachzahnärzte für Kieferorthopädie die kieferorthopädische Versorgung von Kin- dern und Jugendlichen als Kassenleistung zu Lasten der GKV durchführen dürften. „Mit der Ap- probation darf jede Zahnärztin und jeder Zahnarzt kieferorthopädisch behandeln. Sollte diese auch in Berlin erfolgreich gelebte Praxis qua Gesetz verboten werden, drohen durch die sinn- lose Reduzierung des kieferorthopädischen Angebots Praxis-schließungen und eine flächende- ckende kieferorthopädische Betreuung der Kinder und Jugendlichen kann nicht mehr gewähr- leistet werden“, betont die Kammerpräsidentin.

„Die im Gesetzentwurf enthaltenden Neuregelungen würde für die gesetzliche Krankenversi- cherung eine Ausrichtung an finanziellen Grenzen statt am medizinischen Bedarf der Patientin- nen und Patienten bedeuten“, sagt Lo Scalzo. Und weiter: „Besonders die Begrenzung der Ver- gütungsentwicklung würde flächendeckend alle Praxen gleichsam schwer treffen und die Ver- sorgung deutlich erschweren. Die übermäßigen Eingriffe gerade in den Bereich Kieferorthopä- die würden die Behandlungsqualität nicht fördern und zu massiven Versorgungsengpässen füh- ren. Eine Reduzierung der abrechnungsfähigen kieferorthopädischen Behandlungen bedeutet nicht etwa, dass rein ästhetische Zahnfehlstellungen geringsten Ausmaßes in den Privatbereich fallen, sondern dass Kinder und Jugendliche mit massiven funktionellen Dysgnatien nicht mehr über die gesetzliche Krankenversicherung versorgt würden.“

### **Die Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZV) Berlin**

ist eine der 17 Kassenzahnärztlichen Vereinigungen in Deutschland. Mitglieder sind die etwa 3.400 Berliner Vertragszahnärzte und angestellten Zahnärzte, die in rund 2.100 Praxen tätig sind. Die KZV Berlin vertritt als Körperschaft des öffentlichen Rechts diese Zahnärzte gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen und der Politik. Außerdem stellt sie die zahnmedizinische Versorgung der rund drei Millionen gesetzlich krankenversicherten Patienten und die der hinzukommenden mitversicherten Familienangehörigen in Berlin sicher. [www.kzv-berlin.de](http://www.kzv-berlin.de)

### **Die Zahnärztekammer (ZÄK) Berlin**

ist die Vertretung aller rund 6.250 Zahnärztinnen und Zahnärzte im Land Berlin in berufsrechtlichen und berufsethischen Anliegen sowie allen Fragen der Berufsausübung. Sie sorgt für die Fortbildung der Zahnärzte sowie für die Ausbildung des Fachpersonals und sichert damit eine hochwertige zahnärztliche Versorgung ihrer Patientinnen und Patienten. Die Zahnärztekammer Berlin setzt sich aktiv für die Mundgesundheit der Bevölkerung ein und ist Ansprechpartnerin sowohl für die zahnärztliche Kollegenschaft als auch für die Belange der Patientinnen und Patienten. Die Zahnärztekammer Berlin ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. [www.zaek-berlin.de](http://www.zaek-berlin.de)

### **Pressekontakt:**

Holger Wannenwetsch, KZV Berlin

Tel. (030) 89 004-168, E-Mail: [presse@kzv-berlin.de](mailto:presse@kzv-berlin.de)

Kornelia Kostetzko, ZÄK Berlin

Tel. (030) 34 808-142, E-Mail: [presse@zaek-berlin.de](mailto:presse@zaek-berlin.de)